



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde im Wahlkreis Gifhorn-Peine,

im Einklang mit den bundesweiten Lockerungen kehrt auch der Deutsche Bundestag schrittweise zur Normalität zurück. Bewährte Abstands- und Hygieneregeln genießen nach wie vor oberste Priorität. Wo es räumlich und organisatorisch möglich ist, findet die fraktionsinterne Abstimmung wieder in Präsenzveranstaltungen statt. Das ist eine erfreuliche Entwicklung. Natürlich gehen wir verantwortungsvoll mit diesen wiedergewonnenen Möglichkeiten um und wollen somit zur Vorbildrolle des Deutschen Bundestages beitragen.

Nach der Krise sind andere Antworten gefordert als vor der Krise. Der sich abzeichnende Einbruch bei den gesamtstaatlichen Steuereinnahmen ist struktureller Natur. „Business as usual“ mit den immer gleichen Forderungen nach konjunkturpolitischen Strohfeuern wird den Ansprüchen Deutschlands als führende Technologie- und Industrienation im 21. Jahrhundert nicht gerecht. Was hindert deutsche Unternehmen und öffentliche Verwaltungen bei Digitalisierung, Mobilität und nachhaltigem Wachstum weltweit führend zu sein? Darauf kommt es jetzt an: das Zukunftspotenzial unserer Gesellschaft heben. Wir alle sind aufgefordert, diese notwendige Debatte mit innovativen Vorschlägen zu bereichern.

Auch die internationale Politik bleibt von den negativen Auswirkungen der Corona-Pandemie nicht verschont. Fehlender Gesundheitsschutz, harte wirtschaftliche und soziale Einschnitte und ein sinkender Ölpreis erschweren die Kooperation auf globaler Ebene. Angesichts wachsender Systemkonkurrenz und politischer Spannungen, unter anderem zwischen den USA und der Volksrepublik China, sind Deutschland und Europa mehr und mehr auf sich alleine gestellt. Wir stehen gemeinsam vor der historischen Herausforderung, jetzt die Weichen für ein starker eigenverantwortliches und souveränes Europa zu stellen – mit Deutschland als wesentlichem Impulsgeber.

Herzliche Grüße
Ihre und Eure



Bericht aus Berlin

Meine Rede zur Lage der Kinder in Pandemiezeiten

Am Donnerstag debattierten wir in der Kernzeit über die Lage der Kinder in der Corona-Krise. Dabei habe ich im Plenum eine Rede gehalten.

Wir wissen alle, vor welche Herausforderungen die Corona-Pandemie Familien und Kinder stellt. Dass Väter und Mütter unter vielfacher Belastung stehen und viel Kraft, Durchhaltevermögen und Kreativität an den Tag legen müssen, um die ungewöhnliche Situation in den Griff zu kriegen. Und dass die Lage der Kinder, dass die Beachtung ihrer Rechte, natürlich auch ein besonderes Augenmerk der Politik erfordert. In der Spitzenphase der Pandemie sind leider oft die Belange der Kinder und Jugendlichen in den Hintergrund gerückt, die ersten Maßnahmen dienten dem Schutz der Gesundheit. Es wurden viele finanzielle Dinge auf den Weg gebracht, die der Wirtschaft und dem möglichen Erhalt der Betriebe und der Arbeitsplätze dienten. Wahr ist aber auch, dass diese finanziellen Hilfen eben auch den Familien zugutekamen und -kommen. Der Bund hat bereits auch spezielle Maßnahmen für Familien beschlossen: Um coronabedingte Einkommenseinbrüche zu minimieren, wurde ein Notkinderzuschlag geschaffen, es gab Anpassungen beim Elterngeld. Für den digitalen Unterricht wollen wir gemeinsam mit den Ländern kurzfristige Finanzhilfen bereitstellen. Auch die Bundeskanzlerin hat nach der letzten Beratung mit den Länderchefs betont, wie wichtig es ist, dass Kinder möglichst bald in ihren normalen Lebensrhythmus zurückkehren können. Wir müssen auf allen Ebenen im Sinne der Kinder und Familien an einem Strang ziehen. Die Lebenswirklichkeit von Kindern und Familien müssen wir bei unseren Entscheidungen stets im Auge behalten.

Meine Rede können Sie sich [hier anhören und ansehen](#).

Bundeskanzlerin stellt sich Fragen der Abgeordneten

Am Mittwoch stand die Bundeskanzlerin, Dr. Angela Merkel, persönlich im Rahmen einer Regierungsbefragung den Mitgliedern des Deutschen Bundestages zur Verfügung. Aus allen Fraktionen wurden Fragen zu einem bunten Themenstrauß gestellt. Es ging u. a. um die wirtschaftliche Wiederbelebung nach der Corona-Krise. Nach dem jetzigen Stand plane die Bundesregierung keine Steuererhöhungen zur Finanzierung der vielfältigen Maßnahmen. Ferner ging es um die europäische Klimapolitik, das Verfassungsgerichtsurteil zu den Anleihekäufen der Europäischen Zentralbank, sowie um die Lage der Kinder. [Die Regierungsbefragung finden Sie hier.](#)





Bericht aus Berlin

Eine Perspektive für Ältere in der Corona-Krise

Es freut mich außerordentlich, dass wir als Fraktion das Positionspapier „Eine Perspektive für ältere Menschen in der Corona-Krise“ beschlossen haben. Denn gerade Seniorinnen und Senioren sind oft auf schmerzliche Weise von den Kontaktbeschränkungen betroffen und leiden mitunter zunehmend unter Einsamkeit, wenn die Begegnungen mit Familienangehörigen und sonstige soziale Kontakte wegfallen.

Uns ist bewusst, dass ältere Menschen eine Perspektive brauchen, wie sie in ihren gewohnten Alltag zurückfinden können. Es treibt uns politisch an, wie wir Pandemie-Eindämmung mit dem für uns Menschen so natürlichen Bedürfnis nach persönlicher Begegnung unter einen Hut bringen können.

Wir wollen Risikogruppen besonders schützen. Wo es aber vertretbare Alternativen zur Isolation gibt, streben wir an, dass diese auch ermöglicht werden: So beispielsweise räumlich getrennte Besuchsräume mit Schutzvorrichtungen in den Seniorenheimen, feste Kontaktpersonen und Schutzkleidung für alle Beteiligten. Da ich auch ehrenamtlich in der Hospizbewegung unterwegs bin, war es mir persönlich besonders wichtig, dem Thema Sterbebegleitung in dem Positionspapier zur Geltung zu verhelfen. Gemeinsam mit meiner Fraktion setze ich mich dafür ein, dass Sterbebegleitung und würdevoller Abschied möglich sind. Auch für die gute und verlässliche Struktur der ehrenamtlichen Sterbebegleitung, die wir in Deutschland aufgebaut haben, brauchen wir Kriterien, unter welchen sie in Zukunft stattfinden kann. Gerade aus christlicher und christdemokratischer Sicht ist die Begleitung schwerstkranker, sterbender Menschen auf ihrem letzten Weg Teil eines würdevollen Lebens.

[Das gesamte Papier finden Sie „mit einem Klick“ auf meiner Homepage.](#)

Verbesserungen des Gesundheitsschutzes beschlossen

Aus Anlass der Coronakrise haben wir in zweiter und dritter Lesung weitere Maßnahmen zur Verbesserung des Gesundheitsschutzes beschlossen. Es wird eine dauerhafte Meldepflicht für Erkrankung an und Genesung von COVID-19 eingeführt; auch negative Labortests müssen künftig gemeldet werden. Damit wird die Analyse des jeweils aktuellen Infektionsgeschehens verbessert. Weiterhin werden der öffentliche Gesundheitsdienst und damit v. a. die rund 375 Gesundheitsämter in ganz Deutschland durch den Bund finanziell unterstützt. Zudem wird die Fortführung der Ausbildung und Prüfung in Gesundheitsberufen auch in Pandemiezeiten geregelt. Testungen in Bezug auf Covid-19 werden Bestandteil des Leistungskatalogs der gesetzlichen Krankenversicherung werden. Auch umfasst das Gesetz eine Verpflichtung für Pflegeeinrichtungen, ihren Beschäftigten gestaffelte Sonderleistungen (Pflegebonus) zu zahlen.



Bericht aus Berlin

Persönliche Erklärung — Familien nicht alleine lassen

Im Folgenden können Sie meine persönliche Erklärung im Wortlaut nachlesen, die ich am Donnerstag, dem 14. Mai 2020, zur Abstimmung über den von den Fraktionen der CDU/CSU und SPD eingebrachten Entwurf eines Zweiten Gesetzes zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite abgegeben habe.

„Ich stimme diesem Gesetz zu, um die dort enthaltenen vielen wichtigen und guten Regelungen zu unterstützen. Zusätzlich spreche ich mich ausdrücklich für eine Verlängerung der bisherigen Entschädigungsregelung für Eltern nach § 56 Absatz 2 aus, die im aktuellen Gesetz nicht enthalten ist. Aufgrund der von den Landesbehörden angeordneten Schließung von Schulen und Kitas müssen viele Eltern ihre Kinder derzeit selbst betreuen. Für diese Eltern gilt nach dem Ersten Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite, dass ihnen für die Zeit von bis zu sechs Wochen eine Lohnersatzleistung/Entschädigung in Höhe von 67 Prozent des dem erwerbstätigen Sorgeberechtigten entstandenen Verdienstaufschlags gewährt wird.

Aus familienpolitischer Sicht halte ich eine Verlängerung/Entfristung dieser Regelung für dringend notwendig. Dabei sollte auch berücksichtigt werden, dass andere Entschädigungszahlungen nach dem Infektionsschutzgesetz gemäß des § 56 Absatz 2 auch über einen Zeitraum von sechs Wochen hinaus erfolgen. Solange der Schul- und Kitabetrieb weiter eingeschränkt bleibt, ist es unsere Verantwortung, den Eltern eine finanzielle Sicherheit zu geben und ihnen die Existenzängste zu nehmen. Denn selbst bei einer schrittweisen Erweiterung des Notbetriebs in den Einrichtungen ist davon auszugehen, dass nicht alle anspruchsberechtigten Eltern erfasst werden können und damit ein Teil dieser Eltern weiterhin nicht oder nur eingeschränkt ihrer Berufstätigkeit nachgehen kann.

Ich erwarte daher, dass die Bundesregierung und die Landesregierungen in den nächsten Tagen kurzfristig eine Lösung für die Verlängerung der Entschädigungszahlung erarbeiten. Bund und Länder haben über die Schließung der Einrichtungen gemeinsam beraten. Die Länder haben die Schließung der Einrichtungen letztendlich umgesetzt und arbeiten nunmehr an einer schrittweisen Erweiterung des Notbetriebs. Bund und Länder sind daher gemeinsam in der Verantwortung den Eltern gegenüber, die sich in einer paritätischen Kostenteilung widerspiegeln sollte.“



Bericht aus Berlin

Klimaziele erreichen wir nur europäisch — Positionspapier „Für einen Green Deal“ beschlossen

Mit unserem Positionspapier „Für einen Green Deal“ stellen wir uns als Fraktion hinter die ambitionierten Klimaziele der Europäischen Union, machen aber auch klar, dass alle Mitgliedsstaaten der EU gefragt sind, ihren Beitrag zu leisten. Deutschland kann nicht alleine die Kosten tragen. Angesichts der Corona-Krise machen wir uns dafür stark, Belastungen für Beschäftigte und Unternehmen durch neue Regelungen zu vermeiden.

Einen Schwerpunkt haben wir in dem Papier auf die Landwirtschaft gelegt. Wir fordern, dass die Gemeinsame Europäische Agrarpolitik (GAP) weiterhin in gleich gutem Umfang ausgestattet wird. Sollte die Branche durch den Green Deal zusätzliche Aufgaben bekommen, müssen diese durch zusätzliche Finanzmittel abgedeckt werden. Das darf aber nicht auf das Konto der GAP gehen. Ferner bekennen wir uns zu neuen Züchtungstechnologien und fordern eine europäische Forststrategie.

[Mehr zum Positionspapier finden Sie im Internet.](#)

Modernisierung des Maklerrechts

In zweiter und dritter Lesung haben wir Änderungen bei der Verteilung der Maklerkosten, die nunmehr im Grundsatz zu einer Teilung der Maklercourtage zwischen Verkäufer und Käufer führen werden, beschlossen. Damit wird der Tatsache Rechnung getragen, dass Kaufinteressenten in einigen Regionen häufig die volle Provision alleine zu tragen haben, ohne dass sie darauf Einfluss haben. Die Möglichkeit, Kosten an die andere Partei weiterzureichen, ist zukünftig nur wirksam, wenn die weitergereichten Kosten maximal 50 Prozent der insgesamt zu zahlenden Courtage ausmachen. Darüber hinaus wird das Maklerrecht in Details modernisiert.

Grundrente — solide Finanzierung notwendig

Mit dem in erster Lesung beratenen Gesetzentwurf sollen die Grundrente sowie Freibeträge in der Grundsicherung und Verbesserungen beim Wohngeld eingeführt werden. Voraussetzung für den vollen Zuschlag in der Rente sind 35 Beitragsjahre Grundrentenzeiten, d. h. Pflichtbeitragszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung. Einen reduzierten Zuschlag können Berechtigte bereits ab 33 Jahren Grundrentenzeiten erhalten. Einkommen oberhalb eines Einkommensfreibetrags wird auf die Grundrente angerechnet. In den nun anstehenden Verhandlungen über den Gesetzentwurf werden wir als CDU/CSU-Fraktion auf eine bestmögliche technische Umsetzung sowie auf eine solide Finanzierung hinwirken.



Bericht aus Berlin

Steuerliche Erleichterungen für Gastronomie

Der Gesetzentwurf sieht weitere steuerliche Erleichterungen zur Bewältigung der Corona-Pandemie vor. So soll zum Beispiel der Umsatzsteuersatz für nach dem 30. Juni 2020 und vor dem 1. Juli 2021 erbrachte Restaurant- und Verpflegungsdienstleistungen mit Ausnahme der Abgabe von Getränken von 19 Prozent auf 7 Prozent abgesenkt werden.

Außerdem werden Zuschüsse des Arbeitgebers zum Kurzarbeitergeld bis 80 Prozent des Unterschiedsbetrages zwischen dem Soll-Entgelt und dem Ist-Entgelt nach § 106 SGB III steuerfrei gestellt.

Mit diesen Maßnahmen wollen wir der gebeutelten Gastronomie unter die Arme greifen.



Jüdische Militärseelsorge kommt

In erster Lesung haben wir ein Gesetz diskutiert, mit dem wir die rechtliche Grundlage zur Einführung jüdischer Militärseelsorge schaffen. Der Vertrag für die jüdische Militärseelsorge orientiert sich an den Staatsverträgen mit der evangelischen und der katholischen Kirche. Analog zu den christlichen Militärbischöfensämtern wird ein Militärrabbinat in Berlin geschaffen. Durch das Zustimmungsgesetz erhält der Staatsvertrag die Zustimmung und Legitimation durch das Parlament. Jüdische Seelsorger werden nach rund hundert Jahren wieder in einer deutschen Armee wirken. Ein wichtiges Zeichen!

Wir wollen mehr Radwege

Mit dem in zweiter und dritter Lesung behandelten Gesetz schaffen wir die gesetzliche Grundlage für den Bau von Radwegen auf Brücken im Zuge von Bundesautobahnen und als Kraftfahrstraßen ausgewiesenen Bundesstraßen. Zukünftig sollen etwa Betriebswege auf Brücken bedarfsabhängig so gebaut und unterhalten werden, dass auf ihnen auch öffentlicher Radverkehr stattfinden kann. Ebenfalls vorgesehen ist die Verlängerung der Mautbefreiung für Erdgas-Fahrzeuge bis zum 31. Dezember 2023. Schließlich regeln wir die Möglichkeit für Mobilfunknetzbetreiber, künftig ihre Mobilfunkmasten direkt neben Bundesfernstraßen, d. h. auf bundeseigenen Fläche, errichten zu können.



Bericht aus Berlin

Der Bundestag kehrt langsam zur Normalität zurück



Anstehen für eine namentliche Abstimmung.

Eine „richtige“ Sitzung der AG Kommunalpolitik. Schön!



Bericht aus Berlin

Weiteres aus dem Plenum

Grundsatzbeschluss für die vorsorgliche Kreditlinie ECCL des ESM. In dieser Woche haben wir in einem ersten Schritt über einen der drei Teile des 540-Milliarden-Pakets für Finanzhilfen zur Stabilisierung der Eurozone beraten. Beim Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) geht es zunächst um die grundsätzliche Ermöglichung der vorsorglichen Kreditlinie ECCL (Enhanced Conditions Credit Line), die Mitgliedstaaten in Anspruch nehmen können, um einen günstigeren Zinssatz als bei nationaler Kreditaufnahme zu erzielen. Das Volumen der Kreditlinie soll 2 Prozent des BIP des Jahres 2019 des antragstellenden Mitgliedstaates betragen (für Italien etwa 39 Mrd. Euro). In einem ersten Schritt geht es darum, dem deutschen Vertreter im ESM-Gouverneursrat das Mandat zu erteilen, dem ECCL-Grundsatzbeschluss zuzustimmen. Damit ist noch keine konkrete Kreditlinie für einen bestimmten Mitgliedstaat verbunden. Diese muss nach Antragstellung ebenfalls vom Plenum des Deutschen Bundestages bestätigt werden.

Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches – Strafrechtlicher Schutz bei Verunglimpfung der Europäischen Union und ihrer Symbole. Die Verunglimpfung der Flagge und Hymne der EU wird zukünftig strafbar sein. Dabei wird auch der Versuch zur Verunglimpfung unter Strafe stehen. Der Strafraum der neuen Vorschrift orientiert sich an den Regelungen zur Verunglimpfung der deutschen Flagge und sieht Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe vor.

Gesetz zur Sicherstellung ordnungsgemäßer Planungs- und Genehmigungsverfahren während der COVID-19-Pandemie (Planungssicherstellungsgesetz). Das Gesetz dient dazu, in Zeiten der Corona-Krise wichtige Planungsvorhaben nicht zu gefährden. Zukünftig soll z. B. die ortsübliche oder öffentliche Bekanntmachung neben der traditionellen öffentlichen Auslegung auch im Internet erscheinen. Außerdem ermöglichen wir, dass mündliche Verhandlungen und Erörterungstermine im Rahmen von Online-Konsultationen abgehalten werden können.

Wasser- und Sanitärversorgung für alle nachhaltig gewährleisten. In unserem Antrag benennen wir Maßnahmen, um trotz globaler Klimaveränderungen und immensen Bevölkerungswachstums eine globale Wasserversorgung entsprechend dem 2015 durch die Vereinten Nationen im Rahmen der „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ verabschiedeten Zieles erreichen zu können. Wir fordern die Fortsetzung des breiten Engagements der Bundesregierung auf nationaler wie auf internationaler Ebene in enger Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft, der Wissenschaft und der Wirtschaft für die Umsetzung der Agenda 2030 ein.

Einen Überblick über die gut 31 Stunden des [Plenarbetriebs diese Woche finden Sie hier](#).



**Sprechen Sie uns an —
wir sind gerne für Sie da!**

Kontakt/Impressum

Ingrid Pahlmann MdB

Bundestagsbüro Berlin

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 11, 11011 Berlin
Telefon: 030 227-72341
Fax: 030 227-76067
E-Mail: ingrid.pahlmann@bundestag.de

Wahlkreisbüro Gifhorn

Steinweg 5, 38518 Gifhorn
Telefon: 05371 740 69 28
Fax: 05371 937 38 74
E-Mail: ingrid.pahlmann.ma04@bundestag.de
Ansprechpartner: Frederick Meyer

Wahlkreisbüro Peine

Freiligrathstraße 4, 31224 Peine
Telefon: 05171 769 92 49
Fax: 05171 150 34
E-Mail: ingrid.pahlmann.ma05@bundestag.de
Ansprechpartnerin: Ann-Marie Klaas



Copyright

Fotos

Kopfzeile S. 2-8: Deutscher Bundestag/Simone M. Neumann; Deutscher Bundestag/Achim Melde

Kopfzeile S. 9: Deutscher Bundestag/Simone M. Neumann

Alle weiteren Fotos: privat